

In der 45. Sitzung, Mittwoch den 5. Mai, wird die Beratung über die von Ackermann (Dresden) und Genossen beantragte weitere Abänderung der Gewerbeordnung betreffs des Gewerbetriebs der Auctionatoren, Hausirgewerbe, Wanderlager etc. fortgesetzt und füllte die Beratung die ganze Sitzung. In der 46. Sitzung, Freitag den 7. Mai, steht auf der Tagesordnung die Lesung des Wuchergesetzes, das zu eingehenden Debatten Veranlassung gibt. Zum Schluß wird in dritter Lesung das Gesetz, betreff. die Abwehr und Unterdrückung von Viehsuchen nach dem Beschluß der zweiten Lesung angenommen. In der 47. Sitzung, Sonnabend, den 8. Mai, stehen auf der Tagesordnung elf Wahlprüfungen. Während man zur zehnten übergehen will, tritt unerwartet — der Reichskanzler Fürst Bismarck in das bereits wieder arg gelichtete Haus und nimmt den lang leergebliebenen Platz am Bundesrathstische ein. Es folgt nun in der Tagesordnung die zweite Beratung der revidirten Elbschiffahrtsacte. Dr. Delbrück ist der erste Redner. Dann ergreift der Reichskanzler Bismarck das Wort. Zuerst entschuldigt er sich wegen seines bisherigen Nichterscheins im Reichstag mit seinem bisherigen Gesundheitszustand. Dann geht er auf den Gegenstand der Tagesordnung ein, sagt aber dabei wörtlich: „Das Einzige, was mich noch im Amte hält, ist der Wille meines hochbejahrten Herrn, den ich jetzt nicht mehr verlassen will. Ich bin müde, todmüde, besonders wenn ich sehen muß, gegen welche Hindernisse ich zu kämpfen habe. Ich muß von dieser Stelle aus viel leicht zum letzten Male in meinem Leben dem nationalen Gedanken Ausdruck geben.“ Als der Reichskanzler seine Rede beendet, folgte Beifall, aber auch — Zischen! Letzteres gewiß ein starkes Zeichen der Zeit. Nachdem noch einige Redner sprachen, schloß die Sitzung. — Wegen der Einverleibung der hamburgischen Vorstadt St. Pauli stößt der Reichskanzler Bismarck auf eine sehr starke und allgemeine Opposition. Namentlich der bairische Gesandte v. Ruyardt und der hamburgische Senator Versmann sollen dem Reichskanzler gegenüber sehr stark, wo nicht geradezu heftig aufgetreten sein und sollen das gute Recht Hamburgs ganz unerschrocken verteidigt haben. Der bairische Gesandte hat deshalb seinen König um Abberufung aus Berlin gebeten. Bismarck erkennt auch bereits, daß er das Einverleiben St. Pauli's in den Zollverein nicht durchsetzen kann und hat durch eine Note, die er als preussischer Minister des Auswärtigen an die preussischen Gesandten der Bundesstaaten, vom 5. Mai datirt, gerichtet, hat den Rückzug angetreten. (Vergleiche unsere letzte Sonntagsnummer Nr. 106, welche diese Note, echt diplomatisch gehalten, im Auszug brachte.)

Aus Oesterreich-Ungarn sind politische Vorkommnisse von Wichtigkeit aus der verflossenen Woche nicht zu berichten, doch sei erwähnt, daß am 7. Mai abends ein fürchterliches Gewitter über Wien niedergegangen ist, und daß an dem Tag über Preßburg ein Gewitter mit Hagelschlag getobt hat, wie seit Menschengedenken nicht. Die Hagelstücken fielen von der Größe von Hühneriern, durchschlugen die Dächer und zertrümmerten in der halben Stadt sämtliche Fensterscheiben. In der Umgegend der Stadt wurde großer Schaden an den Saaten, Obstbäumen und Weinstöcken angerichtet.

In der Türkei hat das Ministerium dem Sultan pfechlich wieder „Reformprojecte“ unterbreitet. In der Noth will man wieder das Parlament einberufen. Eitel Spiegelfechtere! Als wenn der geistig arme Sultan für dergleichen Dinge wahres Verständnis hätte! Am 3. Mai wurde von den Vertretern der Großmächte eine zweite Collectivnote dem türkischen Ministerium in der Montenegro-albanesischen Angelegenheit zugestellt, die sehr kernig lautet. In dieser Note wird verlangt, daß sich der Sultan in kürzester Frist mit „Ja“ oder „Nein“ erklären soll, ob er die den Albanesen geräumten Plätze wieder besetzen und sie dann an Montenegro übergeben will, wie das die Berliner Beschlüsse festgestellt haben. Wenn aber das die Türkei jetzt auch will, wird sie die gutbewaffneten Albanesen wieder verreiben können.

Rußland bereitet sich in der That ernstlich zu einem Krieg mit China vor und schiebt in der Eile massenhafte Truppen nach Sibirien, um von dort aus in China einzufallen, denn China erkennt schlechterdings den Kuldscha-Vertrag nicht an und verlangt bedingungslose Wiederabretung von Alt, worauf aber Rußland nicht eingehen will. — Im Süden und Südosten von Rußland, in Transkaukasien und in den transuralischen Steppen herrscht große Noth wegen Mangel an Futter für das Vieh. Die Pferde fallen dort buchstäblich zu Tausenden und die Steppen sind geradezu mit den Knochen der gefallenen Thiere bedeckt.

In Frankreich hieß die Deputirtenkammer die strenge Ansführung der Märzgesetze gegen die Jesuiten mit 362 gegen 136 Stimmen gut. — Die Armeekommission besteht darauf, daß in Frankreich der Einjährig-Freiwilligen-Dienst wieder in Wegfall komme und daß die Dienstzeit im Heere von fünf auf drei Jahre herabgesetzt werde.

Aus der Schweiz kommt die Nachricht, daß unter den Tausenden der Arbeiter im Gotthard-Tunnel viel Erkrankungen (Tunnelfrankheit) vorkommen. Gegen 200 Arbeiter liegen krank und die Sterblichkeit ist groß. Trotzdem rückt die Arbeit am Tunnel rasch vorwärts.

In Italien hat der König die Entlassung des Ministeriums nicht angenommen, sondern hat die Auf-

lösung der Kammern vorgezogen. Am 26. Mai soll die neugewählte Kammer schon wieder eröffnet werden. Doch findet die Auflösung der Kammern in diesen Kreisen gar keine günstige Beurtheilung. Man telegraphirte darüber aus Rom: „König Humbert zögerte bis Sonntag (2. Mai) mit der Unterzeichnung der Auflösungsdekrete, weil man im Cuirinal von den Neuwahlen eine erdrückende radicale Majorität für die äußere Actionspolitik befürchtete. Ueberhaupt sei die Situation ungewiß und zu fürchten, die ganze Katholikenpartei werde mitwählen und sich den Radicalem anschließen, um den Sturz der Monarchie und die Aufrichtung einer Föderativrepublik zu beschleunigen, von welcher der Clerus die Wiederherstellung der alten Ordnung erhofft. Ein Angriffslöcher gegen Oesterreich werde von allen Radicalem während der Wahlzeit gepredigt werden.“

In England war eine der ersten Handlungen des liberalen Ministeriums Gladstone, den zeitberigen Obergeneral Roberts aus Afghanistan zurückzurufen, der bekanntlich durch seine Grausamkeiten gegen die Afghanen seine und Englands Namen besudelt hat. — Der neue Premierminister Gladstone ist bei der liberalen Partei bereits sehr stark in Mißkredit gerathen und wird schon in den radikalen Blättern sehr hart angegriffen, weil er in sein Ministerium acht Herzoge und Grafen und nur vier Bürgerliche aufgenommen, überhaupt die Radikalen viel zu wenig berücksichtigt hat, denn im neuen Ministerium hat nur ein radikaler Platz gefunden. Bevor noch das Parlament seine Arbeiten wirklich begonnen, herrscht also schon bitteres Zerwürfniß in den beiden liberalen Parteien. Dieses Zerwürfniß wird Gladstone noch manche schwere Stunden im Parlamente verursachen, denn die erbitterten Radikalen werden rücksichtslos gegen ihn vorgehen.

Deutschland.

Berlin, 8. Mai. Im Reichstage folgte die zweite Beratung der revidirten Elbschiffahrtsacte. Kurz vor 3 Uhr erschien der Reichskanzler im Reichstage. Der Berichterstatter Abg. Delbrück bezeichnete als den Schwerpunkt der Sache die Zollgrenze auf der Elbe. Dieselbe liege gegenwärtig oberhalb Hamburgs. Art. 4 der Elbschiffahrtsacte lasse aber eventuell die Verlegung der Zollgrenze auf der Elbe auch unterhalb Hamburgs zu. Gegenwärtig beruhe die Freiheit von der Zollkontrolle auf der Unterelbe auf einem Gesetz. Die Mehrheit der Kommission sei daher der Meinung gewesen, daß die zur Zeit auf der Elbe bestehende Zollgrenze nur durch ein Gesetz an eine unterhalb dieser Grenze gelegene Stelle verlegt werden könne, und habe den dahin gehenden Antrag angenommen. Fürst Bismarck gab zunächst hierauf dem Bedauern Ausdruck, daß er aus Gesundheitsrückichten nicht eher den Beratungen des Reichstages habe beiwohnen können; er habe heute aber von dieser Zurückhaltung eine Ausnahme gemacht, nicht weil die Vorlage sehr wichtig sei, „denn wir kommen auch ohne Genehmigung des Reichstages aus, den ich heute nur namens des Kaisers vertrete. Eine solche Preffion, wie sie der Kommissionsbeschluß beabsichtigt, brauchen wir uns also nicht gefallen zu lassen. Die Reichsregierung wird sich ihr in keinem Falle fügen. Das preussische Landesgesetz besteht nur noch, weil der Bundesrath von seiner verfassungsmäßigen Befugniß, dasselbe zu ändern, bisher keinen Gebrauch gemacht hat. Es handelt sich heute um ein Verfassungsrecht, dessen Uebung bisher ohne allen Zweifel war. Der Vorredner hat seine Argumentationen in vieler Hinsicht auf Bestimmungen des alten, abgeschafften Eiszolls gestützt. Dadurch werden sie hinfällig. Es ist dem Vorredner auch nicht gelungen, einen rechtlichen Unterschied zwischen der Ober- und Unterelbe zu konstatiren. Die bisherige, zur Bequemlichkeit der Schiffer geübte Praxis ändert das Verfassungsrecht nicht, ebensowenig wie die Bequemlichkeit der Seestädte. Der Vorredner hat als Präsident des Reichskanzleramts selbst das unabweisbare Recht des Bundesraths anerkannt, die Zollgrenze auf der Elbe zu verlegen. Ich habe hier ein Atteststück in der Hand, in welchem der Vorredner diese Auffassung eigenhändig bestätigt. Auch die Vertreter Hamburgs und Bremens im Bundesrath haben das anerkannt. Der Kaiser kann das Verfassungsrecht des Bundesraths nicht alteriren lassen; die Annahme des Kommissionsantrages würde der Verlegung der Genehmigung des Reichstages gleich kommen. Wir würden dann die Folgen eines solchen Verfahrens erwägen müssen.“ Der Kanzler verlas hierauf die Aeußerungen liberaler Staatsrechtslehrer, welche seine Rechtsansicht bestätigten, und fuhr fort: „Niemand denke daran, das Freihaferrecht Hamburgs anzutasten. Er habe strikt erklärt, daß dieses Recht nur mit Zustimmung Hamburgs aufhören könne, und der Hamburger Senat habe selbst auf eine Beschwerde der Bürgerschaft geantwortet, daß nicht er, sondern der Bundesrath zur Abgrenzung des Freihaferbezirks kompetent sei. Der Patrikularismus widerstrebt jetzt mehr als je der Einheit Deutschlands; ich muß darum von dieser Stelle, vielleicht zum letzten Male in meinem Leben, dem nationalen Gedanken Ausdruck geben gegenüber den partikularistischen Bestrebungen. Sollte mich Gott leben lassen, so erhebe ich vielleicht noch einmal von der Abgeordnetenbank aus meine Stimme für den Gedanken der nationalen Einheit, der seit zehn Jahren in der Abnahme begriffen ist. Wenn mein bewährtester Mitarbeiter an der Reichsverfassung geht, so muß ich warnen. Es ist das erste Mal, daß im Bundesrath und Reichstag Differenzen über Verfassungsfragen entstehen. Ich

sehe mir gegenüber das Centrum und die Freihandelspartei, die im vorigen Jahre einander bekämpften. Ich hoffe das Centrum in den wirtschaftlichen Fragen wie in anderen Fragen für mich zu haben, und war deshalb und bin noch zu Zugeständnissen bereit, die uns in 14 Tagen im preussischen Landtage beschäftigen sollen. In dieser Hoffnung sehe ich mich getäuscht. Die Parteien, welche uns bisher unterstützten, sollten sich die Konsequenzen vergegenwärtigen, wenn sie der Regierung dauernd opponiren. Es ist gewiß am meisten gefährlich für die liberale Partei, wenn sie die Verfassung dauernd anzweifelt und wenn sie den Patrikularismus unterstützt, der ohnehin noch lebendig genug ist. Ich habe mich nicht von parlamentarischen noch von partikularistischen Bestrebungen überlaufen lassen und denke darin fest und sicher zu bleiben. Der Frieden beruht auf der Verständigung, auf dem Zusammenhalten der Regierungen und auf der Festhaltung der strengen Beachtung des Bundesvertrages. Es ist in der That gefährlich, dauernd die Frage anzuregen: wird der Vertrag gehalten? Sie spielen ein bedenkliches Spiel, wenn sie zwischen den Bundesregierungen Zwietracht und Uneinigkeit säen. Vor nahezu 30 Jahren trat ich beim Bundestage ein, seit 18 Jahren stehe ich an der Spitze der preussischen Regierung. Das Einzige, was mich in meiner Stellung hält, ist der Wille des Kaisers. Wenn ich sehe, mit welchen Hindernissen ich kämpfen muß, wenn ich für die Einheit des Reiches einzutreten habe, liegt mir oft der Wunsch nach Ruhe in der Einsamkeit sehr nahe. Halten Sie aber die Macht des Centrums für unüberwindlich, würde ich Ihnen im Interesse des innern Friedens bei meinem Rücktritt vorschlagen, das nachfolgende Ministerium so zu wählen, daß es möglich sein wird, die Wünsche des Centrums und der Conservativen zu vereinigen. Ob dann der Fortschritt oder der Freihandel den Weg nach Canossa gehen, ich kann es aushalten. Aber ich kann sagen, ich bin müde, tod müde und werde es vollends, wenn ich sehe, wie meinen Bestrebungen gegenüber dauernd daran gearbeitet wird, dieselben zu durchkreuzen. Indem die liberalen Parteien nicht daran denken, in geringeren Fragen da nachzugeben, wo es sich um die Fortdauer des Reichs handelt, verlangen Sie nicht meine Mitwirkung, wenn ein Jeder sich für berechtigt und berufen hält, die Grundlagen des Reichs, welches ich habe mit aufbauen helfen, in Frage zu stellen. (Beifall.) Abg. Wolfson erklärte: „Obwohl ich die hamburgischen Interessen vertritt, bin ich doch kein Particularist. Nicht wir, sondern die preussische Regierung hat den Verfassungsstreit provocirt.“ Redner hält die Rechtsausführungen des Referenten gegenüber den Angriffen des Reichskanzlers aufrecht. Abg. Windthorst bedauert, daß der Reichskanzler wegen Gesundheitsrückichten verhindert sei, die Antwort auf einen so schweren Angriff zu hören. Das Centrum empfinde für das Reich ebenso warm, wie der Reichskanzler; wir verteidigen den föderativen Charakter des Reichs gegen jeden Angriff. Für unsere Reichsfreundschaftlichkeit spricht unsere Bewilligung von 130 Millionen neuer Steuern. Wir haben bisher nach unserer Ueberzeugung von der Sache votirt und im Einklang mit den Anschauungen unserer Wähler. Wenn der Reichskanzler einen Appell an das Volk machen wird, werden dies unsere Wähler bestätigen. Unser Votum wird nicht beeinflusst vom Stande des Kulturkampfes; wir haben diesen schändlichen Kampf nicht provocirt, er stammt aus Versailles. Wird der Streit nicht beendet, so wird das Reich in seinen Fundamenten erschüttert. Die Samoa-vorlage haben wir aus finanziellen Gründen abgelehnt. Der Reichskanzler hat nicht mit uns, sondern mit dem römischen Stuhl Frieden zu schließen; letzterer beeinflusst uns in unserer parlamentarischen Haltung durchaus nicht. Es wird nicht gelingen, eine feste Regierungsmajorität zu bilden, bevor der Kulturkampf beendet ist. Auch eine solche wird nicht zu jeder von der Regierung vorgeschlagenen Maßregel „Ja“ sagen. Wenn wir in dieser Session öfter „Nein“ gesagt haben, als sonst, so liegt das an den Vorlagen des Bundesraths. Das Haus vertagte hierauf die Beratung bis Montag.

Das Schöffengericht zu Gebeiler hat kürzlich laut der „Weinhalde“ einen Weinmacher abgeurtheilt. Das erlassene strenge, aber gerechte Urtheil dürfte manchen „Schmierer“ zum Nachdenken veranlassen. Die Thatsache ist folgende: Ein Weinhändler zu Mülshausen war beschuldigt, Wein verfälscht und als Naturwein verkauft zu haben. Derselbe bestritt die ihm zur Last gelegten Thatsachen und behauptete, das von ihm verkaufte Getränk sei natürlicher gewachsener Wein gewesen. Herr Dr. Weizel, Director der landwirthschaftlichen Schule in Ruffach, wurde mit der Untersuchung der Flüssigkeit betraut, wobei es sich herausstellte, daß dieser sogenannte Wein durch künstliche Mittel und fremde Stoffe hergestellt worden war. Der Angeklagte wurde zu sechs Monaten Gefängniß, 800 M. Geldbuße und den Kosten der Veröffentlichung des Urtheils verurtheilt.

Rußland.

Ein Telegramm aus Petersburg vom 7. d. M. meldet: Heute Nachmittag hat ein furchtbares Hagelwetter alle Fensterscheiben an der Nord- und Westseite der Stadt zertrümmert, die Dächer und Schindeldächer durchlöchert und abgedeckt und die Obst- und Weinernte vernichtet.

te
vol
Vul
we
effent
hörte
Schul
Gefäß
kommt
Wilde
befind
dem
liegen
der zu
jezt
ein
4. Zie
14580
42290
63639
79933
94338
16
18082
30679
53363
76872
78478
99166
54
22378
37203
54878
71187
87312
30
2808 4
9337 9
14927
19336
32507
41141
W
Buch
Mag
heilt au
rigen
abr. m
lande op
New-Y
amerit
Gi
wird zum
(1-2
ist billi
der Erpe
Di
Di